bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 24 | 25. November 2005

Rechte Szene 2

Der Nächste bitte
Gleich mehrere bekannte Holocaust-Leugner sind jetzt hinter Gittern gelandet.

Die braunen Girlies
„Prussian Blue" – eine kalifornische Teenie-Band mit politischen Zielen.

Verhinderter Aufmarsch
Tumulte beim „Heldengedenken" in Halbe.

Gewalttätiger Landeschef
Neonazis machen Karriere in der NPD Mecklenburg-Vorpommern..

Nur ein "Mitläufer"
Neonazi erhält Jugendstrafe wegen Totschlags.

Ausland 5

"Nationale Internationale"
Europäische rechtsextreme Parteien gegen den EU-Beitritt der Türkei.

"Ethnischer Bürgerkrieg"
Frankreichs extreme Rechte will von den Jugendkrawallen profitieren.

Blick in die Zeitgeschichte 7

Das unbekannte Lager
Vor 30 Jahren wurde der Majdanek-Prozess eröffnet – die Anklageschrift brauchte 15 Jahre.

"Schmuddelkinder"
Der Film „Edelweißpiraten" zeigt die proletarischen Jugendlichen als Widerstandskämpfer.

Grauzone 9

Auslieferung abgelehnt
Früherer dänischer SS-Mann bleibt unbehelligt.

Kein "Wunderkind"
Geiger-Sohn Menuhin auf rechten Abwegen.

Demokratische Initiativen 10

Erinnerung wachhalten
Der „Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie" hat im Laufe eines Jahres mehr als 200 Veranstaltungen zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements durchgeführt.

Meldungen 11

Rechte Szene

Der Nächste bitte

Gleich mehrere bekannte Holocaust-Leugner sind jetzt hinter Gittern gelandet.

Das Adelaide Institute des australischen Geschichtsrevisionisten Fredrick Toben führt auf seiner Homepage eine Liste „prominenter" Mitkämpfer, die in Haft sitzen. In den letzten Monaten wurde sie immer länger. Der aktuelle Stand: „Germar Rudolf – in prison", „Ernst Zündel – in prison", „Siegfried Verbeke – in prison", „David Irving – in prison", „Ernst Günter Kögel – in prison", „Manfred Roeder – in prison".

Ernst Günter Kögel, der zurzeit eine 15-monatige Haftstrafe wegen Volksverhetzung absitzt, war im August vom Amtsgericht Remscheid zu weiteren drei Jahren Haft verurteilt worden. Eine zehnmonatige Strafe wegen Verunglimpfung des Staates verbüßt Manfred Roeder. Ernst Zündel wartet in Untersuchungshaft auf die Neuauflage seines Prozesses vor dem Landgericht Mannheim. Nach der Entpflichtung seiner Pflichtverteidigerin Sylvia Stolz war die Hauptverhandlung ausgesetzt worden (bnr 23/05). Frühestens Anfang 2006 soll der Prozess neu starten.

Dass drei weitere Revisionisten innerhalb kurzer Zeit in die Hände der deutschen beziehungsweise der österreichischen Justiz gerieten, lässt manchen Rechtsextremisten glauben, dass es sich nicht um ein zufälliges Zusammentreffen der Ereignisse handelt. Verschwörungstheorien sind en vogue. Die Umstände der drei Fälle sind allerdings grundverschieden.

Auf der Basis eines europäischen Haftbefehls der Staatsanwaltschaft Mannheim wurde am 3. August der belgische Holocaust-Leugner Siegfried Verbeke (63) auf dem Amsterdamer Flughafen festgenommen. Ein Gericht in Amsterdam wies Ende Oktober seinen Einspruch gegen die Auslieferungsanordnung des Justizministeriums zurück. Verbeke, Gründer und knapp eineinhalb Jahrzehnte lang Leiter der Stiftung „Vrij Historisch Onderzoek", ist mehrfach wegen Holocaustleugnung vorbestraft. Bekannt wurde er in der Bundesrepublik, als er 1991 in „Het Dagboek van Anne Frank: een kritische benadering" („Das Tagebuch von Anne Frank: eine kritische Annäherung") die Echtheit des Tagebuches anzweifelte. Im vorigen Jahr war ein Versuch der deutschen Justiz, Verbekes habhaft zu werden, noch gescheitert. Die belgischen Behörden hatten seine Überstellung abgelehnt, weil in seinem Heimatland ein Verfahren gegen ihn anstand.

Bis 1998 fungierte Verbeke auch als Chefredakteur der „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung". Sein Nachfolger wurde der mit internationalem Haftbefehl gesuchte deutsche Geschichtsrevisionist Germar Rudolf. Der 41-Jährige wurde am 15. November von den USA ausgeliefert. Wegen der Veröffentlichung des „Rudolf-Gutachtens", mit dem der Diplom-Chemiker nachweisen wollte, dass es in Auschwitz keine Massentötungen durch Zyklon B gegeben habe, war er im Sommer 1995 in Stuttgart verurteilt worden. Dem Haftantritt hatte er sich durch seine Flucht erst nach Großbritannien und dann in die USA entzogen. Wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass muss er in Deutschland eine alte Strafe von 14 Monaten absitzen, zurzeit in der JVA Stammheim. Seit dem vorigen Jahr liegt ein weiterer Haftbefehl gegen ihn vor. Die Mannheimer Staatsanwaltschaft wirft ihm die Verbreitung rechtsextremer Propaganda im Internet vor.

Vier Tage vor Rudolfs unfreiwilliger Heimkehr nach Deutschland wurde in Österreich mit David Irving der international wohl bekannteste Holocaust-Leugner festgenommen. Trotz eines seit 1989 gegen ihn vorliegenden Haftbefehls wegen „Wiederbetätigung" gegen das NS-Verbotsgesetz und trotz eines Einreiseverbots hatte er sich nach Österreich getraut. Er war auf dem Weg zum Stiftungsfest der Wiener Burschenschaft Olympia, die dem rechtsextremen Spektrum zugerechnet wird. Wie die rechte Internetseite „Wiener Nachrichten Online" berichtete, wollte er dort „einen Vortrag über die Verhandlungen Eichmanns mit den jüdischen Führern Ungarns Brand und Kastner halten". Einem Bericht des österreichischen „Standard" zufolge gibt es bereits eine Anklageschrift gegen Irving. Ihm drohen ein bis zehn Jahre Haft.

Einige der bekanntesten Holocaust-Leugner hinter Gittern: Dem Adelaide Institute schwant Böses. Besorgt wird auf der Homepage gefragt: „Who is next?"

Tomas Sager

Die braunen Girlies

„Prussian Blue" – eine kalifornische Teenie-Band mit politischen Zielen.

Jung, blond und blauäugig – die 13-jährigen Zwilllinge Lamb und Lynx (Lamm und Luchs) Gaede aus dem kalifornischen Bakersfield sind eine Teenie-Band der besonderen Art. Mit ihrem Zahnspangenlächeln und einem lolitaesken, blütenreinen Image, das sich völlig von Klischees über rechtsextreme Musik unterscheidet, schicken sie sich an, unter dem Namen „Prussian Blue" zu den Stars der Neonazi-Musikszene nicht nur in Amerika zu werden. Begeisterte Diskussionen über sie in Neonazi-Foren, selten mit Kritik, erreichen in kurzer Zeit teilweise über 500 Beiträge.

Ihre Musik klingt wie eine Mischung aus fröhlich-enthusiastischer kindlicher Vokalartistik, die mit Gitarre und Violine untermalt ist. Seit vier Jahren bieten sie ein Liedrepertoire, das Volksmusik, Coverstücke rechtsextremer Bands und Eigenkreationen umfasst. Teile davon stellen sie auf ihrer Website vor, darunter unter anderem Cover-Versionen von Stücken von Ian Stuart („Skrewdriver") oder Ken McLellan, dem Kopf der britischen Rechtsrock-Band „Brutal Attack".

Von ihnen selbst stammen angeblich Lieder wie „Aryan Man awake", „Sacrifice", ein Loblied auf Antidemokraten wie Rudolf Heß („Mann des Friedens, der niemals aufgab"), Ian Stuart oder den verstorbenen Führer der amerikanischen Neonazi-Organisation National Alliance (NA), William Pierce, Autor der „Turner Diaries", einer Vorlage für rechtsterroristische Anschläge. „Prussian Blue" besingt auch Robert Mathews, der 1980 die braune Terrorgruppe „The Order" gründete. Nach zahlreichen Überfällen, Morden und Attentaten der Gruppe wurde Matthews vom FBI erschossen.

Die beiden Mädchen traten bei zahlreichen neonazistischen Veranstaltungen auf: bei Hammerskins, der National Alliance (NA), bei Veranstaltungen des holocaustleugnenden Institute for Historcal Review oder bei diversen Veranstaltungen der National Vanguard. „Prussian Blue" gehörte ebenso zu den Bands, die beim diesjährigen „Hammerfest" auftraten – zusammen mit Tom Metzger oder der ostdeutschen Band „Confident of Victory". Teilweise zeigen sie während ihrer „Performance", bei der häufig „Sieg Heil"-Rufe aus dem Publikum laut werden, den Hitlergruß.

Gemanagt und geführt werden die Zwillinge von ihrer Mutter April Gaede, die ihre Kinder zuhause unterrichtet. Kaum überraschend, dass die Mädchen in Interviews erklären, dass „Adolf Hitler ein großer Mann war, der lediglich seine Rasse in seinem Land rein halten wollte".

April Gaede, früher Mitglied der National Alliance und jetzt bei der National Vanguard aktiv, versucht seit 2001, ihre Töchter zielgerichtet zu vermarkten. Sie verschaffte ihnen einen Auftritt bei William Pierce, der sie begeistert an das zur NA gehörende Label und Versand „Resistance Records" weiterreichte, wo sie seither unter Vertrag stehen. Szeneintern als „unsere Antwort auf die Olsen-Zwillinge" tituliert, wird versucht, mit den beiden ein ähnliches Medienkonzept von rechts aufzubauen. Der jüngste Erfolg: Die Zusammenarbeit mit „Aryanwear", einem auf rechte Mode spezialisierten Handel, der Lamb und Lynx als Models „mietete". Er ließ sie unter anderem mit T-Shirts ablichten, die ein Smiley mit Hitler-Bart und -frisur zeigen. Zum Marketing gehört es auch, dass die Zwillinge den Neonazi-Shooter „Ethnic Cleansing" als ihr Lieblings„spiel" bezeichnen. Ziel des von Resistance Records produzierten „Spiels" ist es, möglichst viele Schwarze zu erschießen. Zur Inszenierung gehört auch die DVD mit Musikvideos, Live-Mitschnitten und „home moviews". Für Erich Gliebke, Manager von Resistance Records, ist „Prussian Blue" ein Glücksfall, hofft er doch, über diese verstärkt Kinder anzusprechen, die sich über kurz oder lang auch für härtere Neonazi-Musik interessieren, die er im Programm hat. Zugleich sieht er gerade im Alter von 10 bis 12 die idealen Voraussetzungen, um Kinder zu prägen und „ihnen eine rassische Identität" zu vermitteln.

Die Website von „Prussian Blue" wird auf einem Server gehostet, der unter anderem Websites der National Alliance beherbergt. In einem Beitrag im Stormfront-Forum, in dem Mutter Gaede ebenfalls aktiv ist, heißt es:„Sie sind gute junge weiße Mädels, die einen wundervollen Job machen und versuchen, die ZOG-Medienblockade zu durchbrechen."

Rudolf Kleinschmidt

Verhinderter Aufmarsch

Tumulte beim „Heldengedenken" in Halbe.

Die Organisation des Aufmarsches zum Heldengedenken im brandenburgischen Halbe lag in diesem Jahr in den Händen von Anhängern des „Märkischen Heimatschutzes", des ehemaligen „Heimatschutz' Thüringen" und Freien Nationalisten aus dem Umfeld des „Aktionsbüros Nord" in Hamburg. Von den Anführern standen Christian Worch, Thorsten Heise, Thomas Wulff und Jürgen Rieger im Vordergrund, sie wurden von Peter Naumann und Axel Reitz unterstützt. Zu den Organisatoren schien neben Gordon Reinholz auch René Bethage von der verbotenen BASO zu gehören. Als Vertreter der so genannten Erlebnisgeneration durften Reinhold Leidenfrost und Otto Riehs auf die Bühne.

Ungehindert bewegten sich André Kapke und andere, getarnt mit Kamera und Filmgerät, im Pulk der Pressevertreter und fotografierten die Blockade der Gegendemonstranten. Einige fotografierende „Autonome Nationalisten" mussten später auf Druck der Polizei Portraitaufnahmen von einzelnen Gegendemonstranten löschen. Die Polizei ließ die Neonazis keinen Schritt in Richtung Waldfriedhof gehen. In den Reihen der zahlreichen jungen Autonomen Nationalisten wurde es unruhig, sie formierten sie sich fast unbemerkt am rechten Rand der Kundgebung. Plötzlich stießen sie vor und versuchten, die Polizeireihen zu durchbrechen. Unter den Störern waren Julian Engels, Siegfried Borchardt, René Bethage, eine Anhängerin der verbotenen „Kameradschaft Tor" und Neonazis vom „Heisenhof" aus Niedersachsen. Einigen von ihnen gelang es, die Sperre zu überrennen. Der braune Mob setzte sich langsam in Bewegung. Die Beamten gerieten für kurze Zeit in Bedrängnis. Bis ihnen ausgerechnet Ordner der Neonazis zu Hilfe kamen und sich vor die eigenen Kameraden warfen. Es gab Beschimpfungen und Schubsereien. Polizisten und auch Rechtsextremisten gingen zu Boden. Als Minuten später Verstärkung anrückte, bekam die Polizei die Lage wieder in den Griff. In bewährter Manier beschimpfte Jürgen Rieger die Uniformierten, die sich ihm in den Weg stellten. Mit sichtlich verärgerten Redebeiträgen beendeten Rieger und Naumann den verhinderten Aufmarsch.

Andrea Röpke

Gewalttätiger Landeschef

Neonazis machen Karriere in der NPD Mecklenburg-Vorpommern..

Am 6. November fand in der Nähe von Bützow ein Landesparteitag der NPD Mecklenburg-Vorpommern statt. Redeauftritte hatten der Bundesvorsitzende Udo Voigt, Vize Holger Apfel und der knasterfahrene Lutz Giesen. Giesen, unter anderem vorbestraft wegen Volksverhetzung, gehört dem Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern (SNBP) an. Neben Giesen waren die SNBP-Vertreter Michael Gielnik und Tino Müller Gäste der Veranstaltung. Neu gewählt wurde auf dem Parteitag der Landesvorstand.

Alter und neuer Landeschef ist Stefan Köster (NPD Ludwigslust), vormaliges Mitglied der neonazistischen Wiking-Jugend an. Köster gehört zu einer Gruppe von vier NPD-Funktionären, gegen die beim Amtsgericht Itzehoe Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung erhoben wurde. Köster soll am Rande des NPD-Landesparteitags Schleswig-Holstein in Steinburg bei Itzehoe am 4. Dezember 2004 auf eine am Boden liegende Frau eingetreten haben. Als Stellvertreter stehen Köster Udo Pastörs (NPD Ludwigslust), Dirk Arendt (NPD Stralsund) und Ralf Kunert (NPD Rostock) zur Seite. Pastörs ist Unterzeichner des rassistischen „Aufrufs an alle Deutschen zur Notwehr gegen Überfremdung". Nicht gewählt als Landesvize wurde der aus Hamburg stammende Neonazi Thomas Wulff, der nach dieser Abstrafung von weiteren Kandidaturen für ein Vorstandsamt absah.

Die Landeskasse verwaltet Bernd Flotow (NPD Stralsund). Als Beisitzer amtieren Michael Andrejewski (Ostvorpommern), Michael Schumacher (Rostock), Uwe Greve (Ludwigslust), Alexander Barten (Rostock) und Thomas Bröcker (Neubrandenburg). Schriftführung und Pressearbeit obliegt Lutz Dessau, bis 2001 Mitarbeiter der „Norddeutschen Neuesten Nachrichten". Das Blatt trennte sich von Dessau, nachdem dessen NPD-Mitgliedschaft (seit 1994) öffentlich bekannt wurde. Vorsitzender der Landesschiedskommission ist das frischgebackene NPD-Mitglied David Petereit, Kader der Mecklenburgischen Aktionsfront und Verfasser des Neonazi-Blättchens „Der weiße Wolf".

Anton Maegerle

Nur ein "Mitläufer"

Neonazi erhält Jugendstrafe wegen Totschlags.

Der 17-jährige Dortmunder Neonazi, der am Ostermontag einen Punker erstochen hatte, ist vom Landgericht seiner Heimatstadt zu sieben Jahren Jugendstrafe verurteilt worden. Seine Tat hatte er in der Verhandlung gestanden und ausgesagt, er habe sich bedroht gefühlt. Der 17-Jährige stach mit seinem Messer zu und traf den 32-Jährigen ins Herz. Nicht mehr erinnern mochte oder konnte er sich an den kurz nach der Tat gesprochenen Satz: „Die Zecke hat's nicht anders verdient." Sein Anwalt meinte, mit einer politischen Überzeugung habe die Tat nichts zu tun. Nur „als Mitläufer" sei sein Mandant zur rechten Szene zu zählen. Lediglich wegen Körperverletzung mit Todesfolge wollte er den Skinhead verurteilt sehen, während die Staatsanwaltschaft auch im Plädoyer von einem heimtückischen Mord ausging. Das Gericht folgte weder dem Verteidiger noch der Anklage: Die Jugendstrafkammer verurteilte den 17-Jährigen wegen Totschlags. Von einer politisch motivierten Tat mochte sie nicht sprechen. Der Jugendliche sei in der damaligen Situation überfordert gewesen. Er habe, so befand das Gericht, keinerlei politisches Bewusstsein, und auch eine menschenverachtende Gesinnung sei nicht ausschlaggebend für die Tat gewesen.

Direkt nach der Tat hatten sich Dortmunder Neonazis hinter ihren „Kameraden" gestellt. In der Stadt tauchten Plakate auf, auf denen gedroht wurde: „Wer der Bewegung im Weg steht, muss mit den Konsequenzen leben!" Presserechtlich verantwortlich: der Kölner Neonazi Axel Reitz. Auch nach dem Urteil entdeckt man in Äußerungen mancher Neonazis mehr als nur versteckte Sympathie mit dem Täter. „Ein toter Punk zaubert einem doch in gewisser Hinsicht immer wieder ein Schmunzeln ins Gesicht", heißt es beispielsweise in einem Neonazi-Forum. Auch Reitz spielt wieder mit der Sympathie für Gewalt. Im Forum des Freien Widerstands schrieb er: „Wer sich dazu entschließt unserem Volk, unserer Idee oder uns als Verkörperung der vorgenannten in schadhafter Absicht entgegen zu treten darf sich nicht wundern wenn darauf eine entsprechende Antwort erfolgt."

Tomas Sager

Ausland

"Nationale Internationale"

Europäische rechtsextreme Parteien gegen den EU-Beitritt der Türkei.

Zwischen dem 11. und 13. November fand auf Einladung der Freiheitlichen Akademie, dem „think tank" der FPÖ, ein hochkarätig besetztes Treffen rechtspopulistischer, neofaschistischer und rechtsextremer Parteienfunktionäre aus Europa statt. An der Tagung in der österreichischen Hauptstadt Wien nahmen 60 Personen von zehn Parteien aus sieben Ländern teil.

Vor Ort waren unter anderem Vertreter des französischen Front National (Bruno Gollnisch), des belgischen Vlaams Belang (Frank Vanhecke, VB-Parteichef und VB-Fraktionsvorsitzender Filip Dewinter), der Großrumänien-Partei (Petre Popeanga, PRM-Parteivize), der italienischen Azione Sociale, eines Parteienbündnisses aus Movimento Sociale – Fiamma Tricolore, Forza Nuovo, Fronte Sociale (Alessandra Mussolini, AS-Vorsitzende), Movimento Sociale – Fiamma Tricolore (Luca Romagnoli, MSFT-Parteisekretär), Alternativa Espanola (Rafael Lopez, AES-Vorsitzender) und der bulgarischen Ataka (Volen Siderow, Parteivorsitzender). Für die FPÖ waren Parteichef Heinz-Christian Strache, der Präsident der Freiheitlichen Akademie und Volksanwalt Ewald Stadler sowie der Europaparlamenetarier Andreas Mölzer, Herausgeber der österreichischen Wochenzeitung „Zur Zeit" mit von der Partie.

Verabschiedet wurde eine von Andreas Mölzer verfasste „Wiener Erklärung", die unter anderem einen sofortigen Einwanderungsstopp in der gesamten Europäischen Union verlangt. Ausdrücklich sprachen sich die Parteienvertreter gegen den EU-Beitritt der Türkei aus. Langfristiges Ziel ist Aussagen von Mölzer zufolge die Schaffung einer „Nationalen Internationale". Beschlossen wurde auf der Tagung die Einrichtung eines ständigen Büros in Wien. Dieses soll die Bildung einer eigenen Rechtsfraktion im Europäischen Parlament vorbereiten, die Mölzer mit dem EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien in greifbarer Nähe sieht.

Anton Maegerle

"Ethnischer Bürgerkrieg"

Frankreichs extreme Rechte will von den Jugendkrawallen profitieren.

Beinahe hätte er sich die Show stehlen lassen. Anfang November schien Jean-Marie Le Pen, der langjährige Chef des rechtsextremen Front National (FN), zunächst kaum vernehmbar, während die Unruhen in den französischen Trabantenstädten sich auszubreiten begannen. Dabei ist Le Pen es gewohnt, sich zu diesem Themenbereich zu äußern: Riots finden in den „Banlieues" oder Vorstädten französischer Ballungszentren seit 1981 in unregelmäßigen Abständen statt. Le Pen stellte sie immer wieder als „ethnisches", als „Ausländer"- oder „Moslemproblem" dar und forderte stets repressive Antworten seitens des Staates ein.

Doch dieses Mal waren andere Rechtsaußenpolitiker schneller als der alternde Le Pen. Am 3. November kam es zu dem, seit mehreren Wochen erwarteten, ersten Treffen zwischen dem nationalkonservativen Grafen und Chef des rechtskatholischen MPF (Mouvement pour la France, Bewegung für Frankreich) Philippe de Villiers und dem Stadtoberhaupt im südfranzösischen Orange, Jacques Bompard, der am 9. September dieses Jahres durch Jean Marie Le Pen aus allen FN-Parteiämtern entfernt worden war. Bompard und der Graf hatten sich die Pariser Trabantenstadt Epinay-sur-Seine als medienträchtige Kulisse, vor dem Hintergrund der heftigen Unruhen in der Pariser Banlieue, für ihren Handschlag ausgesucht. Dort schwadronierten sie vor laufenden Kameras von einem „ethnischen Bürgerkrieg" daher, der angeblich auf den „unkontrollierten Einwanderungsstrom" – statt auf soziale Ursachen und Ghettoisierungstendenzen – zurückzuführen sei. Le Pen mobilisierte erst gut eineinhalb Wochen später, am 14. November, rund 500 Anhänger zu einer kleinen Demonstration in der Nähe des Louvre-Museums, im historischen Zentrum von Paris. Damit schaffte er es, in den Medien wieder stärker wahrgenommen zu werden.

Beide Parteien geben an, von den gesellschaftlichen Reaktionen auf die Unruhen in den maroden Trabantenstädten zu profitieren. Der Front National, der zwischen 15 000 und 18 000 Mitglieder zählt (gegenüber 42 000 vor der Parteispaltung Ende der 90er Jahre), soll angeblich 2 000 neue dazu gewonnen haben. Der MPF gibt seine derzeitige Mitgliederzahl mit 7 500 an und behauptet, „mehrere hundert" Beitrittsgesuche erhalten zu haben.

Diese Angaben mögen übertrieben sein. Fakt ist aber, dass die rechtsaußen stehenden Parteien von vielen gesellschaftlichen Reaktionen profitieren. Autoritäre Lösungen und eine starke Tendenz zur Ethnisierung bei der Wahrnehmung der sozialen und städtebaulichen Probleme, die den Hintergrund der Riots bilden, erhalten Zuspruch. Auch führende bürgerliche Politiker Frankreichs suchen die Ursachen der Probleme in „ethnischen" Faktoren. Dieses Klima lässt die Tageszeitung „Le Parisien" ihre Sonntagsausgabe vom 20. November mit der Schlagzeile aufmachen: „Frankreich gleitet nach rechts".

Dabei lassen sich zwei unterschiedliche Strategien bei den Rechtsaußenparteien aufmachen. Jean Marie Le Pen und Tochter Marine hielten sich in den ersten beiden Wochen der Unruhen mit spektakulären Forderungen eher zurück. Marine Le Pen verlangte die Verhängung von Ausgangssperren über die von Unruhen betroffenen Zonen – aber diese Idee wurde bereits am 8. November durch die konservative Regierung, unter Rückgriff auf eine Notstandsgesetzgebung aus dem Algerienkrieg, selbst umgesetzt. In der Folgezeit unterstützte der Front National eher das Vorgehen der konservativen Regierung, als es von rechts her zu kritisieren. Jean-Marie Le Pen lobte gar den Innenminister Nicolas Sarkozy. Diese Taktik, die in Wirklichkeit den eigenen Wählern vor allem beweisen soll, dass „wir das Original sind" und die konservativen Sicherheitspolitiker „nur die Kopie", wird von Le Pen mit dem Ausspruch verbunden: „Ich hoffe, dass man künftig dem Arzt, der seit vielen Jahren eine richtige Diagnose aufgestellt hat", also ihm (Le Pen), „mehr vertrauen wird als den Ärzten, die sich in ihrer Diagnose geirrt haben".

Nicht so Philippe de Villiers: Um Profilierung sowohl gegenüber Sarkozy als auch gegenüber Le Pen bemüht, forderte er gleich auch noch lautstark, die Armee statt der Polizei zur Niederschlagung der Unruhen einzusetzen. Zwar hatte auch Le Pen vor zehn Jahren die Entsendung der Armee in die Banlieues vorgeschlagen, hält sich aber dieses Mal mit dieser Forderung zurück.

Bernhard Schmid

Blick in die Zeitgeschichte

Das unbekannte Lager

Vor 30 Jahren wurde der Majdanek-Prozess eröffnet – die Anklageschrift brauchte 15 Jahre.

Als der Vorsitzende Richter Günter Bogen am 26. November 1975 die Hauptverhandlung eröffnete, konnte er nicht einmal ahnen, dass damit der längste NS-Prozess begonnen hatte. 15 ehemalige Angehörige der Wachmannschaft des Konzentrations- und Vernichtungslagers Majdanek waren angeklagt, Menschen ermordet oder dazu Beihilfe geleistet zu haben. Neun Männer und sechs Frauen, jeder Beschuldigte mit zwei Verteidigern – insgesamt 45 Personen – soviel Platz gab es nur im größten Saal des Düsseldorfer Landgerichts zwischen dem Rhein und der Altstadt. Da blieben für Medien und Öffentlichkeit nur einige wenige Sitzreihen – doch sie reichten völlig aus. Das öffentliche Interesse tendierte nämlich nach der Eröffnung der Hauptverhandlung gegen Null.

Günter Bogen, Jahrgang 1930, ein ruhiger, erfahrener Richter, konnte an jenem 26. November vor 30 Jahren auch nicht wissen, dass es fast einen Monat dauern werde, ehe mit der Beweisaufnahme begonnen werden konnte. Vorher musste das Gericht zum Beispiel auf Antrag einiger Verteidiger entscheiden, ob der historische Sachverständige Professor Wolfgang Scheffler befangen, also nicht unparteiisch sei, weil er bei einem Juden promoviert hatte und außerdem zu seinen Bekannten ein Mann namens Cohn gehöre, also ein Jude, von Neutralität folglich nicht die Rede sein könne und dergleichen mehr. Später kam ein Antrag hinzu, eine Überlebende und Zeugin wegen Beihilfe zum Mord verhaften zu lassen, weil sie in Majdanek Büchsen mit dem tödlichen Zyklon B zu den Gaskammern gebracht hatte. Ein Verteidiger hatte sich in Israel das Vertrauen einer anderen Zeugin erschlichen, indem er vorgab, ein Historiker zu sein.

Grundlage des Verfahrens war eine Anklageschrift, an der etwa 15 Jahre lang gearbeitet – genauer, über der so lange geschlafen worden war. Immer wieder wurden bei der zuständigen Zentralen Ermittlungsbehörde in Köln Sachbearbeiter abberufen und neue eingesetzt. So besteht bis heute der Verdacht, das Verfahren sei bewusst in die Länge gezogen worden – mit dem Ziel, es nie eröffnen zu müssen. Es gab da allerdings den Oberstaatsanwalt Afred Spieß, der Anfang der 70er Jahre Leiter der Ermittlungsbehörde wurde. Spieß sorgte in Köln für frischen Wind. Er holte den jungen Staatsanwalt Wolfgang Weber von Bonn nach Köln. Der war nach kurzer Zeit mit der Anklageschrift fertig. Die Hauptverhandlung konnte beginnen.

Majdanek war damals für die Öffentlichkeit ein weißes Blatt. Mit Auschwitz wusste man etwas anzufangen, mit Treblinka wegen zweier großer Strafverfahren auch. Aber Majdanek – was war das überhaupt? Es war neben den genannten Lagern das dritte Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazis. Mindestens 250 000 Menschen sind dort ermordet worden – im Gas, bei willkürlichen Massenmorden oder beim „Erntefest“ am 3./4. November 1943, als Tausende von Juden ins Lager deportiert und an langen Gräben erschossen wurden. Die Lebenden mussten sich auf die Toten legen, Schicht für Schicht, Mütter hielten ihre Babys mit ausgestreckten Armen in die Höhe, damit sich nicht im Blut ertranken, das den Frauen bis zu den Knien reichte.

All das musste das Gericht rekonstruieren und klären, ob Angeklagte an den Verbrechen beteiligt waren. Dokumente gab es nur vereinzelt. Majdanek wurde schon im Sommer 1944 von der Roten Armee befreit, fast ein Jahr vor dem Ende der NS-Tyrannei. Die sowjetischen Soldaten kümmerten sich weniger um die Schreibstuben. Sie halfen den etwa 1 000 Überlebenden. Zwar hatte es bereits 1944 in Polen Strafverfahren gegen SS-Mitglieder des Majdanek-Wachpersonals gegeben. Aber auch damals hatten die polnischen Richter auf Akten verzichten müssen. Es gab keine. Da 1975 einige Zeugen nicht mehr reisefähig waren oder schlicht nicht in die Bundesrepublik kommen wollten, musste das Gericht zu ihnen fahren – nach Polen, nach Israel, nach Kanada, Australien, in die USA.

Nach sechs Prozesstagen wurde eine Angeklagte zu lebenslanger Haft verurteilt, einige Beschuldigte erhielten zeitlich begrenzte Strafen, die meisten wurden freigesprochen. Dennoch hat dieser Prozess historische Dimensionen, weil er die Geschichte von Majdanek dokumentiert hat.

Heiner Lichtenstein

"Schmuddelkinder"

Der Film „Edelweißpiraten" zeigt die proletarischen Jugendlichen als Widerstandskämpfer.

An Filmen über die NS-Zeit waren die letzten zwei Jahre wahrlich nicht arm. Dass mit dem Film „Edelweißpiraten" jetzt noch einer nachkommt, liegt nicht daran, dass er nicht auch letztes Jahr bereits fertig gewesen wäre, sondern vielmehr daran, dass hierzulande lieber zwei Feuilletonseiten in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" freigeräumt werden für einen Film über Hitlers letzte Stunden, als dass sich ein Verleih findet für einen Film über Jugendliche, deren Status als Widerständler bis heute umstritten ist. „Wir waren die Schmuddelkinder des Widerstands", sagt der ehemalige Kölner Edelweißpirat Jean Jülich über den Film, dessen Regisseur Niko von Glasow mittlerweile sein eigener Verleiher ist. „Edelweißpiraten" spielt im November 1944 und erzählt die Geschichte einer Gruppe von Jugendlichen, die in den Trümmern des Kölner Arbeiterbezirkes Ehrenfeld leben, wo sie spielen, ein bisschen klauen, Parolen an die Wände schmieren und sich Prügeleien mit der Hitlerjugend liefern. Als sie auf den entflohenen KZ-Häftling Hans Steinbrück – genannt „Bombenhans" – treffen, wandelt sich ihr eingangs unpolitisch motivierter Protest zu aktivem Widerstand.

„Edelweißpiraten" ist ein wilder Film, die gehetzten Bilder der wackeligen Handkamera ersparen dem Zuschauer nichts – nicht die permanenten Bombeneinschläge und nicht die brutalen Folterszenen, nachdem der gemeinsame Plan, das Gestapo-Hauptquartier in die Luft zu sprengen vereitelt und die Gruppe festgenommen wurde. „Viele Filme über das Dritte Reich fallen auf die Ästhetik-Propaganda der Nazis herein." Davon habe er sich abgrenzen wollen, so Niko von Glasow bei der Vorstellung seines Films in Berlin, zu der auch Jean Jülich und der Leipziger Historiker Prof. Alfons Kenkmann anwesend waren: „Ich wollte keine Romantik zeigen, sondern einen Untergrundfilm über eine Untergrundbewegung machen." Gerade die Romantik habe jedoch bei den Edelweißpiraten eine große Rolle gespielt, kritisiert Kenkmann. „Es ist ein Film über die Gruppe Ehrenfeld, aber nicht über die Edelweißpiraten." Die seien größtenteils nicht politisch gewesen, sondern eine Jugendgruppe, die regional sehr unterschiedlich ausgeprägt war, zu der auch Mädchen gehörten, die „auf Fahrt" gingen und über ein gemeinsames Liedgut verfügten. Das verschweige der Film. Gut findet er ihn dennoch, weil er an einen bislang weitgehend unbekannten Aspekt des Widerstands gegen den Nationalsozialismus heranführt.

Ähnlich wie Fall des Hitler-Attentäters Georg Elser blieb ihnen die angemessene Anerkennung lange verwehrt

Das ist auch Jean Jülich wichtig, der 1984 in Yad Vashem als ein „Gerechter unter den Völkern" ausgezeichnet wurde und auf dessen Erinnerungen der Film maßgeblich basiert. Er empört sich über den offiziellen Umgang mit den Edelweißpiraten. Im Dritten Reich galten sie als „verwahrloste Kriminelle", diese Argumentationslinie sei in den „nazidurchsetzten" Behörden Nachkriegsdeutschlands nahtlos fortgeführt worden. 1988 sprach die nordrhein-westfälische Landesregierung den Edelweißpiraten die Anerkennung als Widerständler ab mit der Begründung, ihr Widerstand habe nicht auf „hoher ethischer Gesinnung und politischem Verantwortungsbewusstsein" basiert. Das sei skandalös, so Jülich. „Wäre es gelungen, das Gestapo-Quartier in die Luft zu sprengen, hätte Steinbrück heute den Status eines Stauffenberg." Erst im Juni dieses Jahres wurden vier der damaligen Edelweißpiraten durch den Kölner Regierungspräsidenten Jürgen Roters (vgl. bnr 13/05) offiziell als Widerständler anerkannt.

Niko von Glasow ist es zu verdanken, den proletarischen Widerstand der Edelweißpiraten in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt zu haben. Ähnlich wie im Fall des proletarischen Hitler-Attentäters Georg Elser, dem die angemessene Anerkennung ebenfalls lange verwehrt wurde, zeigt sich am Umgang mit ihnen, dass die Aufarbeitung der NS-Zeit immer noch längst überwunden geglaubten Mustern verhaftet ist. Das gilt für das Bild des hehren, politisch, philosophisch oder religiös motivierten Widerstandes genauso wie für den Dualismus von Anpassung und Widerstand, der einer angemessenen Würdigung des unpolitischen Widerstands im Wege steht.

Lavinia Meier-Ewert

Grauzone

Auslieferung abgelehnt

Früherer dänischer SS-Mann bleibt unbehelligt.

Der meistgesuchte Kriegsverbrecher Dänemarks lebt seit Jahrzehnten unter seinem richtigen Namen, ordentlich gemeldet im bayrischen Kempten. Bestraft oder auch nur vor Gericht gestellt wurde er in Bayern nie. Ermittlungen gegen ihn wurden ergebnislos eingestellt. Anfang August 2005 hat die Münchner Staatsanwaltschaft die Auslieferung des ehemaligen dänischen SS-Obersturmführers Sören Kam (Jg. 1921) nach Dänemark abgelehnt. Denn Ritterkreuzträger Kam (SS-Nummer 456059), vormals Mitglied der Jugendorganisation der Dänischen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und später SS-Kompanieführer, besitzt seit 1956 die deutsche Staatsangehörigkeit.

Nach Ansicht der dänischen Staatsanwaltschaft war Kam an der Liquidierung des Journalisten Carl Henrik Clemmensen am 30. August 1943 in Lyngby, einem Vorort Kopenhagens, beteiligt. Clemmensen hatte dänische Nazis als Landesverräter bezeichnet und bespuckt. Kam hat zugegeben, auf Clemmensen geschossen zu haben. Einer seiner mutmaßlichen Komplizen, Helweg Larsen, wurde 1946 wegen des Mordes in Dänemark hingerichtet. Im Frühjahr 2005 hatte ein dänisches Gericht geurteilt, es gebe ausreichend Gründe für die Annahme, dass Kam Clemmensen entführt und ermordet habe. Daraufhin hatte Dänemark erneut die Auslieferung von Kam beantragt.

Dass Kam seit Jahren verstärkt im Visier der dänischen Öffentlichkeit und Justizbehörden steht, hat er sich selbst zuzuschreiben. Im Oktober 1995 nahm er an der ewiggestrigen „Ulrichsberg-Gedenkfeier“ bei Klagenfurt in Österreich teil. Am Rande dieser Veranstaltung fand in Krumpendorf am Wörthersee ein von der österreichischen SS-Veteranenorganisation „Kameradschaft IV“ veranstalteter „Europaabend“ statt. Filmaufnahmen dieses Treffens gelangten an die Öffentlichkeit und Kam wurde von dänischen Journalisten erkannt. Im Jahr 2000 schrieb Kam das Geleitwort für das beim rechtsextremen Munin-Verlag erschienene Buch „Europas Freiwillige der Waffen-SS“.

Anton Maegerle

Kein "Wunderkind"

Geiger-Sohn Menuhin auf rechten Abwegen.

Die 1999 gegründete Yehudi-Menuhin-Stiftung war bisher nur wenigen Menschen bekannt. Doch seit dem 12. November macht die Stiftung, die sich die Pflege des interkulturellen Dialogs zur Aufgabe gestellt hat, Schlagzeilen. An diesem Tag wurde der Stiftungsvorsitzende Gerard Menuhin wegen Kontakten ins rechtsextreme Lager seines Amtes enthoben. Der Sohn des als Jahrhundertgeigers bezeichneten Stiftungsgründers hatte der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ ein Interview gegeben. Menuhin beklagt sich dort über Deutschlands Umerzieher und schwadroniert über „eine internationale Lobby einflussreicher Menschen und Vereinigungen“, die im Hintergrund angeblich dafür sorgten, dass Deutschland niedergehalten wird.

Bisher war die „National-Zeitung“ (NZ) des DVU-Vorsitzenden Frey Menuhins ständiges Forum. Unter der Rubrik „Menuhin und wie er die Welt sieht“, veröffentlicht er dort regelmäßig Kommentare, die ganz auf der Linie des Blattes liegen. So rief er indirekt zur Wahl des von der NPD aufgestellten Bundestagskandidaten Franz Schönhuber auf. „Ob es um Spiegel, Spielberg oder Bushgewächs geht, wehrt euch am 2. Oktober in Dresden, damit nicht schon morgen einzig die Parole ‘Unterwürfigkeit, Amerikagehorsam, Ewigschuld’ erlaubt ist.“ Immer wieder hat Menuhin Polemiken gegen die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit verfasst:. „Meinem Freund Prof. Dr. Fischer ist es gelungen, den Lehrstuhl für die Bewältigung des Nationalsozialismus an der Uni Ablassingen zu bekommen. Der Lehrstuhl ist immerhin mit jährlich einer halben Million Euro vom Roth-Händle-Institut für Sozialforschung dotiert“, heißt es beispielsweise. Aktionen gegen Antisemitismus sind für Menuhin „verordneter Verfolgungswahn“. Seine Entlassung aus der Stiftung kommentiert Menuhin so: „Ich hatte das im heutigen Deutschland der permanenten Vergangenheitsbewältigung nicht anders erwartet....“. Die Kolumne in der NZ werde weiter erscheinen, kündigte er an. Dort hat schon sein Großvater publiziert. Moshe Menuhin war von 1967 bis bis zu seinem Tode 1982 Mitarbeiter der „National-Zeitung“.

Peter Nowak

Demokratische Initiativen

Erinnerung wachhalten

Der „Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie" hat im Laufe eines Jahres mehr als 200 Veranstaltungen zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements durchgeführt.

Zu ihrer diesjährigen Versammlung kamen die Mitglieder des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie" im Sitzungssaal der Gedenkstätte Hamburg-Neuengamme zusammen. Zuvor hatten sie die neu gestaltete Hauptausstellung der Einrichtung kennen gelernt.

Das Konzentrationslager Hamburg-Neuengamme mit seinen 86 Außenlagern war in der Nazizeit das größte KZ in Nordwestdeutschland. Mehr als 100 000 Häftlinge waren hier eingesperrt; die Hälfte von ihnen überlebte die Internierung nicht.

Der Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie Joachim Gauck und Geschäftsführer Andreas Eberhardt unterstrichen den hohen Stellenwert, den die Regionalen Arbeitsgemeinschaften für den Erfolg des überparteilich tätigen Vereins haben. Der wurde 1993 von Bürgerinnen und Bürgern gegründet, die als politisch Verfolgte unter der NS-Diktatur oder dem DDR-Regime gelitten haben. Mittlerweile zählt der Verein fast 2 300 Mitglieder. Das jüngste Mitglied ist 14, das älteste 102 Jahre alt. Eines der Vereinsziele: Die Erinnerung an die Vergangenheit soll wachgehalten und die freiheitlich-demokratische Grundordnung gestärkt werden.

Zu den Schwerpunkten der Vereinsarbeit gehören das Sichern und Dokumentieren von Zeitzeugenberichten, das Beraten und Unterstützen örtlicher Forschungsinitiativen sowie verschiedene Aktivitäten im Rahmen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit. Zwischen Dezember 2004 und November 2005 richteten die 26 Regionalen Arbeitsgemeinschaften, die vier Sektionen und die Vereinsgeschäftsstelle in Berlin mehr als 200 Veranstaltungen aus, die diesen Schwerpunkten gewidmet waren. Außerdem wurden diverse Aktivitäten finanziell gefördert, und zwar in erster Linie Projekte von Schulen und Universitäten, die sich mit der NS- beziehungsweise DDR-Vergangenheit befassten. Das ging aus den Berichten des Vereinsvorsitzenden und des Geschäfsführers hervor.

Am folgenden Tag wurde die Mitgliederversammlung zum Abschluss gebracht. So stimmten die Mitglieder einer „Hamburger Erklärung" zu, in der die neue Bundesregierung in die Pflicht genommen wird. Sie wird beispielsweise dazu aufgefordert, Gedenkstätten und die politische Bildung weiterhin zu unterstützen. Das Resümee in der „Hamburger Erklärung": „Nur verantwortungsbewusste und aktive Bügerinnen und Bürger können die Feinde der Demokratie abwehren. Ihr Engagement ist auf vielfältige Weise zu fördern: durch Anerkennung, durch das Einbeziehen von Erfahrungen und durch konkrete Hilfe. Demokratie lebt von der Gemeinsamkeit der Demokraten!"

Höhepunkt des Mitgliedertreffens des Vereins war die Verleihung des erstmals vergebenen Preises „Gegen Vergessen – Für Demokratie". Dem Preisträger Johannes Rau konnte die Auszeichnung aus gesundheitlichen Gründen nicht persönlich verliehen werden. An seiner statt nahm sie der ehemalige Vereinsvorsitzende und Ex-Bürgermeister von Bremen, Hans Koschnick, entgegen.

Die Jury hatte den früheren Bundespräsidenten als ersten Preisträger ausgewählt, weil er sich „stets mit Nachdruck gegen Geschichtsvergessenheit und für unsere Demokratie eingesetzt hat", so der Vereinsvorsitzende Gauck. Unter anderem hatte Rau als erstes deutsches Staatsoberhaupt überhaupt in der Knesset gesprochen: Im Februar 2000 bat er im israelischen Parlament um Vergebung für die Verbrechen der Nazizeit. Diesem Geist der Versöhnung entsprach auch die „Danziger Erklärung", die Rau 2003 gemeinsam mit dem damaligen polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwasniewski unterschrieben hatte. Mit dem mit 7500 Euro dotierten Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie" (Stifter: Rainer Braam von B & W Media-Service) soll künftig jährlich ein Engagement geehrt werden, das die demokratische Werte verdeutlicht und sich in angemessener Form mit der deutschen Vergangenheit und speziell mit dem Rechtsextremismus auseinander setzt.

Thomas Klaus

Meldungen

NPD und „Graue Wölfe“

Bremen – Die NPD Bremen wirbt auf ihrer Internet-Homepage auch für die türkische Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), in der Bundesrepublik als „Graue Wölfe“bekannt. Der niedersächsische Verfassungsschutz geht von etwa 8000 Anhängern dieser türkisch-völkischen Gruppierung bundesweit aus. Verfassungsschützer in Bremen sprechen dagegen nur von „drei bis vier Aktivisten“ in der Hansestadt. Die MHP vertritt eine minderheitenfeindliche, antikurdische Politik, zusammengesetzt aus nationalistischen und islamistischen Elementen. In Bremen soll es während des Bundestagswahlkampfes im Herbst 2005 zu einer punktuellen Zusammenarbeit gekommen sein, die nach Angaben von Szenekennern unter anderen von NPD-Kader Jörg Wrieden mitverantwortet worden sein soll. Der Bremer NPD-Landesverband sorgte kürzlich für Querelen, weil er sich entgegen der Parteilinie hinter den geschassten baden-württembergischen Landesvorsitzenden Deckert gestellt hatte. In Bezug auf die Vernetzung mit den „Grauen Wölfen“ sieht der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt allerdings keinen Grund für Zoff, denn nach eigenen Angaben hatte auch er bereits Kontakte zu den türkischen Nationalisten. (ar)

Wechsel bei der Berliner NPD-Führung

Berlin – Eckart Bräuniger, Ex-Söldner in Kroatien, ist neuer NPD-Landeschef in Berlin. Er wurde auf dem 3. ordentlichen Landesparteitag der Berliner NPD am 19. November zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Bräuninger löst Claus Schade ab, der die Berliner Nationaldemokraten seit dem 4. April 2004 als Landesvorsitzender geführt hatte. Neue und alte Stellvertreter sind der „nationale Liedermacher“ Jörg Hähnel und Georg Wilhelm Magnus, vor Schade zeitweilig kommissarischer NPD-Landesvorsitzender. Als Beisitzer amtieren Stella Palau, Ex-Kader des „Skingirl Freundeskreises Deutschland“ und Igor Moder, zuletzt NPD-Bundestagskandidat. (am)

Gewalttätige Truppe

Koblenz – Unter anderem wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung müssen sich 16 Neonazis vor dem Landgericht Koblenz verantworten. Die 13 Männer und drei Frauen zwischen 17 und 48 Jahren sollen, so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft, das Ziel verfolgt haben, „einen Nationalsozialismus nach Vorbild des Dritten Reiches mit nur einer Partei und einem Führer zu errichten“. Außerdem hätten die Mitglieder der „Kameradschaft Westerwald“ seit Herbst 2004 beabsichtigt, „gewalttätige Maßnahmen gegen ‚Angehörige linker Gruppierungen’ durchzuführen“. Diese Absicht gipfelte Ende Januar 2005 in der Nähe von Daaden in einem Angriff auf Konzertbesucher. Sechs Angeklagte befinden sich seit einer Razzia gegen die Gruppe im Mai in Untersuchungshaft. Bei neun anderen wurde der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt. Zum Auftakt des Prozesses kündigten die meisten Angeklagten Geständnisse an. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de